

nicht nach meiner, sondern nach Auffassung einiger Herren der Kollegen der Bürgerpartei - sein Haus bar aus dem Hosensack bezahlen. Der Vergleich hinkt nicht, denn es ist in der Schweiz und selbst in den reichsten schweizerischen Kantonen eine Selbstverständlichkeit, dass eine ausserordentliche Rechnung im Prinzip auch ausserordentlich finanziert werden muss. Es war in diesem Staat doch eben das Symptom der aussergewöhnlichen Ueberflüsse, dass über beide Rechnungen hinaus noch Spargelder angelegt werden konnten. Das war eine ungewöhnliche, abnormale Situation.<sup>489</sup>

Kindle antwortete und verteidigte danach weiter gegen die Anfragen und Kritiken von Ernst Büchel und Peter Marxer. Seine Ausführungen zeigten seine Kompetenzen in Wirtschaftsfragen. Man argumentierte weiter über den Zweckpessimismus der FBP und das vorsichtige Budgetierung. Peter Marxer verteidigte diese Finanzpolitik:

„Das ist eine Art und Weise der Budgetierung gewesen, die wir alle gebilligt haben und billigen mussten, weil wir von einem Jahr zum andern nicht wussten, wie hoch die unsicheren Quellen, wie Gesellschaftssteuern und Briefmarken, anstiegen oder ob sie (insbesondere die Briefmarken) einen scharfen Rückgang machen würden.“<sup>490</sup>

Kindle stimmte zu, verwies neben den neuen wirtschaftlichen Anforderungen bei der Bevölkerung, der Bedarfsinflation, vor allem auf die Argumentation der FBP, wo man vor allem die zukünftige Ausgaben betont hatte, um die Einschätzung der Landesfinanzen relativieren zu können. Dazu verwies er auf den Finanzplan, der diese Ausgaben ordnen und bewältigen werde. Die Debatte endete mit den Votum von Franz Beck für einen Finanzplan von der Regierung. Der Regierungschef stimmte zu, betonte aber stark die Unwägbarkeiten eines Planes.<sup>491</sup>

Die weitere Behandlung der Rechnung blieb grösstenteils unumstritten. Peter Marxer erklärte am Ende im Namen seiner Fraktion die Zustimmung, betonte aber, man werde weiterhin eine kritische Haltung einnehmen.<sup>492</sup>

Die Rechnung blieb umstritten. Die Ausgaben waren wieder unverhältnismässig stark gestiegen, führte Regierungschef Hilbe 1972 aus. Die Mehreinnahmen konnten das nicht kompensieren. Er sprach trotzdem von einer ‚gesunden Finanzlage‘, da die Ausgaben der

---

<sup>489</sup> Ltp vom 23.9.71, S. 346.

<sup>490</sup> Ltp vom 23.9.71, S. 350.

<sup>491</sup> Ltp vom 23.9.71, S. 347-353.

<sup>492</sup> Ltp vom 23.9.71, S. 353-385.